

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Mobilität der Stadt Krefeld am Mittwoch,
24.01.2018, 17:00 Uhr im Rathaus, Von-der-Leyen-Platz 1, Raum C 2

I. Öffentlicher Teil

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Rats Herrn Wettingfeld, Jürgen

die stimmberechtigten Mitglieder:

Croonenbrock, Tim	SPD-Fraktion
Engelke, Fritz	SPD-Fraktion
Hengst, Jürgen	SPD-Fraktion
Horster, Rolf	SPD-Fraktion
Menzer, Klaus-Dieter bis 18:45 Uhr	SPD-Fraktion
Dr. Prumbs, Gregor	SPD-Fraktion
Dr. Galke, Stefan	CDU-Fraktion
Kienen, Walter	CDU-Fraktion
Kostyrok, Peter	CDU-Fraktion
Läckes, Manfred	CDU-Fraktion
Lohmar, Ulrich	CDU-Fraktion
Daniels, Wilfried	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sanz Sanz, Ana	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Hoffmann, Paul	FDP-Fraktion
Göbel, Manfred	Fraktion DIE LINKE

von der Verwaltung:

Linne, Martin	Beigeordneter GB V
Jaghough, Rachid	Leiter Fachbereich 60
Sellke, Monika	stv. Leiterin FB 66
Dr. Böttges, Karl Werner	FB 61

folgende Gäste:

Kuphal, Burkhard	Leiter Technischer Bereich SWK Mobil GmbH
Jansen, Michael	T-SYSTEMS INTERNATIONAL GMBH
Riedel, Mario	T-SYSTEMS INTERNATIONAL GMBH
Dipl.-Ing. Lucas, Rainer	Vorsitzender des Gestaltungsbeirates

Schriftführerin:

Hoffmann, Debbie	GB V
------------------	------

Entschuldigt fehlten:

Ertürk, Mustafa	SPD-Fraktion
Waschau, Gregor	SPD-Fraktion
Ellmann, Tobias	CDU-Fraktion
Szepan, Susanne	
Schmid, Andreas	

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und wünscht allen ein frohes neues Jahr.

Er weist auf die verschiedenen Anfragen und den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion hin sowie die Stellungnahme der Deutschen Bahn, die vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt wurden. Er teilt mit, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag zum Thema Gute Schule zurückgezogen habe. Er werde im Unterausschuss Schulbau behandelt.

Er schlägt vor, die Anfragen sowie den Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufzunehmen und die Tagesordnungspunkte 5 und 14 zu tauschen.

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität beschließt die Änderungen der Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen und Eingänge
3. Aktuelle Projekte
4. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers 4727/17
5. E-Bus mit Flash-Ladetechnologie 4812/18 E
- Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion -
6. Sachstand der KlnvFöG-Maßnahmen der Stadt Krefeld zum Stichtag 4677/17
30.09.2017
und drei Anfragen der CDU-Fraktion für den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität
7. Schrott- / Problemimmobilien - Definitionserklärung 4413/17/1
Anträge der SPD vom 05.09.17 und Fraktion Die Linke vom 19.09.2017
8. Mobilitätskonzept Krefeld 4778/17
9. Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung 4663/17
Rheinuferstraße, Sanierung der Rad- und Gehwegauskragung, Rhein-km
765,400 bis 766,350
10. Installation einer Signalanlage am Knoten Dießemer Bruch/ Zufahrt 4545/17
Krankenhausparkplatz
11. De-Greiff-Säule 4325/17 BV
Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 07.09.2017
12. Zustand Krefelder Hauptbahnhof 4771/17 E
- Einbringung eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
13. Einführung von Stausensoren 4811/18 E
- Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion -

14. Vorstellung des Projektes Park & Joy
Vortrag von Herrn Mario Riedel und Herrn Michael
Jansen von der Telekom-Sparte T-SYSTEMS
INTERNATIONAL GMBH
15. Anfragen 4734/17
- Digitale Werbetafeln - Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.11.2017,
Vorlagen-Nr. 4768/17
 - Sechsspüriger Ausbau der BAB 57 - Anfrage der FDP-Fraktion vom
10.01.2018, Vorlagen-Nr. 4856/18
 - Alte Feuerwache - Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.01.2018, Vorlagen-
Nr. 4855/18
 - Sachstand Rennbahn - Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom
24.01.2018
 - Parken von Lkw-Fahrern im Hafengebiet zu Abend- und Nachtstunden,
Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2018, Vorlagen-Nr. 4914/18

Punkt 1:

Feststellung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** stellt fest, dass Einladung und Tagesordnung fristgerecht versendet wurden.

Punkt 2:

Mitteilungen und Eingänge

Beigeordneter Linne berichtet, dass der Landtag am 22.12.2017 das Programm KInvFöG II beschlossen habe. Die Stadt Krefeld dürfe mit einem Förderbetrag in Höhe von 19.529.035,- Euro rechnen. Die Förderquote betrage 90 %, somit müsse ein Eigenanteil von 10% bereitgestellt werden. Der Umsetzungszeitraum ende 2023.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** begrüßt **Herrn Jaghou** und bittet ihn, sich kurz vorzustellen.

Herr Jaghou stellt sich vor und berichtet von seinen ersten Eindrücken sowie den anstehenden Zielen und Projekten.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** wünscht **Herrn Jaghou** viel Glück und Durchhaltevermögen und sagt die Unterstützung der Politik zu. Er solle sich nicht scheuen, einen der baupolitischen Sprecher oder auch ihn selbst anzusprechen. Abschließend bietet er ihm an, die von ihm erwähnte neue Software im Ausschuss vorzustellen.

Punkt 3:

Aktuelle Projekte

Beigeordneter Linne hofft, dass er dem Ausschuss in der nächsten Sitzung konkrete Perspektiven zur finalen Fertigstellung des Ostwall-Glasdaches geben könne. Man befinde sich zurzeit in sehr zielführenden Gesprächen.

Punkt 4:

Vorlage Nr. 4727 /17

Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen und § 27 der Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretung und die Ausschüsse der Stadt Krefeld, wird Herr

Matthias Eschbach zum stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Mobilität bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 5:

Vorlage Nr. 4812 /18 E

E-Bus mit Flash-Ladetechnologie

- Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion -

Der **Vorsitzende Ratscherr Wettingfeld** stellt den Antrag seiner Fraktion vor.

Herr Kuphal hält einen Vortrag anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Der **Vorsitzende Ratscherr Wettingfeld** bedankt sich für den interessanten Vortrag. Elektromobilität sei ein sehr wichtiges Thema - für alle Fraktionen. Zum einen aufgrund der neuen Technologien und zum anderen, da die Schadstoffbelastungen in den Innenstädten reduziert werden müssen.

Die Erfahrungen der SWK, als großer städtischer Energiekonzern, seien hierbei sehr interessant. Er werde die Ausführungen von **Herrn Kuphal** zum Anlass nehmen, ihn im Jahr 2019 wieder einzuladen, wenn möglicherweise die ersten Ergebnisse aus der Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein vorliegen.

Herr Kuphal solle im Gegenzug gerne Kontakt aufnehmen, wenn interessante Erkenntnisse oder Pläne bekannt seien.

Ratscherr Lohmar berichtet von E-Bussen in der Stadt Oberhausen. Neben Dresden sei Oberhausen die einzige deutsche Stadt, die Elektrobusse direkt an den Hochspannungsstrom der Straßenbahnlinie anschließe. Dort möchte man zudem das Angebot erweitern und Ladestationen an Parkplätzen installieren.

Herr Kuphal weist auf Preisunterschiede der verschiedenen Busse in Oberhausen hin. Krefeld sei Vorreiter im VRR in Sachen Hybridbus und habe mittlerweile 10 solcher Busse beschafft. Er weist darauf hin, dass es für die Hybridbusse, aber auch die Elektrobusse in Oberhausen Förderungen gegeben habe. Wenn man Elektromobilität betreiben möchte, müsse eine entsprechende Energieversorgung vorhanden sein. Man dürfe bei diesem Thema aber auch nicht die betriebswirtschaftliche Sicht vergessen. Die SWK untersuche derzeit viele verschiedene Möglichkeiten, um zu überlegen, wie sie sich zukünftig strategisch positionieren werde.

Der **Vorsitzende Ratscherr Wettingfeld** weist im Hinblick auf Energie-Kapazitäten darauf hin, dass die SWK darauf reagieren müsse, dass mehr und mehr Privatleute E-Autos besitzen.

Herr Dr. Prumbs weist auf eine geringere Lebensdauer von E-Bussen im Gegensatz zu Dieselfahrzeugen hin. Er erkundigt sich wie hoch der Anteil der Hybridbusse am Gesamtbestand sei. Er fragt, wie teuer ein Hybridbus sei und welche Lebensdauer man erwarten könne.

Herr Kuphal teilt mit, dass Hybridbusse aktuell 10 % des Bestandes ausmachen. Er bestätigt, dass man heutzutage noch nicht sagen könne, wie lange die Batterien der Flash-Ladetechnologie genutzt werden können. Die Betriebskosten der Hybridbusse, im Vergleich zu konventionellen Bussen, liegen bei einem Faktor von eins zu drei.

Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass die Nutzung für Kunden noch bezahlbar bleiben müsse.

Ratsherr Läckes bedankt sich für den informativen und interessanten Vortrag. Er spreche sich dafür aus, dass die SWK gemeinsam mit der Hochschule Niederrhein weiter an dem Thema arbeiten solle.

Frau Sanz Sanz erkundigt sich nach Erfahrungen der SWK mit Brennstoffzellentechnologie.

Herr Kuphal berichtet, dass beispielsweise die Stadt Hamburg den Betrieb eingestellt habe. Beliebter sei die Wasserstofftechnologie. Hier bestehe der Vorteil, dass die Motorentechnologie so bleiben könne. Die Wasserstoffmotoren seien quasi ähnlich dem heutigen Verbrennungsmotor. Aus umwelttechnischen Gesichtspunkten sei sicherlich gut, dass „nur“ Wasser herauskomme anstelle von Abgasen. Der Wasserstoff müsse allerdings auch erstmal produziert werden. Zudem sei Wasserstoff zurzeit mit ca. 5 Euro/kg sehr teuer.

Ratsherr Hoffmann fragt, ob es richtig sei, dass moderne Dieselsebusse nicht mehr so viele Schadstoffe ausstoßen.

Herr Kuphal bestätigt, dass im Hinblick auf die Emissionen der Busbetrieb einen sehr geringen Anteil am Gesamtergebnis habe.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** bedankt sich abschließend für die persönliche Teilnahme von **Herrn Kuphal**.

Protokollnotiz:

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Punkt 6:

Vorlage Nr. 4677 /17

Sachstand der KInVFÖG-Maßnahmen der Stadt Krefeld zum Stichtag 30.09.2017

und drei Anfragen der CDU-Fraktion für den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** bittet um Erläuterung der Liste.

Beigeordneter Linne weist auf die vereinbarte quartalsweise Berichterstattung hin. Der nächste Bericht sei für die März-Sitzung vorgesehen. Er berichtet, dass die Radwegerneuerung an der Forstwaldstraße nicht so umsetzbar sei, wie ursprünglich geplant. Man habe hier eine andere Lösung gefunden. Die Mittel sollen in den Ausbau der Krefelder Promenade gehen und die Forstwaldstraße erhalte eine Lösung wie am Flünnertzdyk. Dies sei die einzige größere Veränderung gewesen, ansonsten habe es lediglich Projektfortschritte gegeben. Er weist auf eine Übersicht auf der Homepage der Stadt Krefeld hin (<http://www.krefeld.de/de/tiefbau/massnahmen-kommunalinvestitionsfoerderungsgesetz-kinvfoeg-nrw/>), wo aktuelle Tiefbaumaßnahmen eingesehen werden können. Für den Hochbaubereich sei eine Übersicht noch vorgesehen.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** teilt mit, dass die Maßnahme Marktstraße von Frankenring bis Karlsplatz erst abgeschlossen werden müsse, bevor mit der Sanierung des Joseph-Beuys-Platzes begonnen werden könne. Er erinnert an einen Beschluss des Ausschusses in der 19. Sitzung im Jahr 2016, in dem umfangreiche Änderungen vorgenommen wurden. Die Umsetzung des Beschlusses der damaligen Sitzung habe der Ausschuss noch nicht gesehen. Er erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Ausführungsplanung, dem Leistungsverzeichnis und der Ausschreibung sowie dem vorgesehenen Zeitplan. Unter dem Gesichtspunkt des Bauhaus-Jahres 2019 sehe er die Maßnahme als von besonderer Bedeutung.

Beigeordneter Linne erklärt, dass es zwei wesentliche Voraussetzungen für den Start des Umbaus des Joseph-Beuys-Platzes gebe. Zum einen die Fertigstellung der Baumaßnahme und zum anderen die Fertigstellung der Netzarbeiten von SWK und NGN, die sich verzögert haben und daher noch nicht abgeschlossen seien. Beides werde voraussichtlich bis zum 2. Quartal 2018 fertiggestellt, sodass mit dem Umbau des Joseph-Beuys-Platzes erst ab dem 3. Quartal – also direkt im Anschluss – begonnen werden könne. Die Bauarbeiten werden dann definitiv auch bis ins 3. Quartal 2019 reichen.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** bittet die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen anhand einer Ausführungsplanung darzulegen, wie die Beschlüsse aus der 19. Sitzung des Jahres 2016 umgesetzt werden. Wenn die Fertigstellung erst im 3. Quartal 2019 erfolge, möge die Verwaltung darauf achten, dass der Zugang zum Museum ordentlich aussehe und geregelt sei.

Ratsherr Läckes gehe im Zusammenhang mit den zusätzlichen Mitteln für die Promenade davon aus, dass das Geld nicht für die normale Maßnahme, sondern für zusätzliche Maßnahmen verwendet werde. Er erinnert an eine vergangene Diskussion zum Ausbaustandard und seinen Vorschlag hinsichtlich einer besonderen Beleuchtung.

Beigeordneter Linne berichtet, dass die Mittel für die Verbreiterung des Radweges auf 4 m sowie die Mehranforderungen im Zusammenhang mit Trift/Weiden vorgesehen seien. Er gebe die Anregung aber gerne an Herrn Beigeordneten Visser weiter.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erkundigt sich nach dem Fertigstellungstermin der Hauptstraße für den Abschnitt von Fungendonk bis Heinrich-Klausmann-Straße. Der Bezirksvorsteher Oppum-Linn teilte mit, dass bis Mai 2018 alles fertiggestellt sei, in der Vorlage stehe allerdings als Fertigstellungstermin 12/2018. Er weist auf den katastrophalen Zustand der Straße hin und erkundigt sich, wann die Abreiten nun abgeschlossen seien. Sollten die Arbeiten doch länger andauern, sollte die Verwaltung sich über Zwischenreparaturen Gedanken machen.

Frau Sellke teilt mit, dass mit NGN, SWK und der Verkehrsbehörde abgestimmt sei, dass in den Sommerferien 2018 mit der Sanierung begonnen werden könne. Aufgrund der dort verkehrenden Buslinie erfolge der Umbau in den Sommerferien. Der Aufgrabungsantrag der NGN liege nun vor. Eine Vollsperrung sei in diesem Fall erforderlich.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** zeigt sich entsetzt über die Tatsache, dass eine Vollsperrung erforderlich sei. Er fragt, ob die Umleitung des gesamten Verkehrs über das Wohngebiet mit Tempo 20 erfolgen solle. Diese Tatsache sei zuvor noch nicht kommuniziert worden. Man müsse sich genau überlegen, wie der Verkehr umgeleitet werde. Er sehe hier große Probleme, da zum Teil kein Bürgersteig im Wohngebiet vorhanden sei. Es sei für den Umleitungs-Verkehr nicht ausgelegt.

Beigeordneter Linne erklärt, dass die Maßnahme sicherlich noch einmal intern mit der Straßenverkehrsbehörde diskutiert werde, er weist aber darauf hin, dass die Verwaltung in Bezug auf die Zeitplanung auch von anderen Faktoren abhängig sei. Somit müsse sicher sein, dass die Leitungsträger ihre Arbeiten vorab abgeschlossen haben. Es handele sich hier um eine tiefgreifende Baumaßnahme, die entweder unter Vollsperrung in einem vergleichbar kürzeren Zeitraum oder mit einseitiger Sperrung und Ampelregelung in einem eher dreifachen Zeitraum und den auch damit verbundenen verkehrlichen Einschränkungen durchgeführt werde.

Ratsherr Hengst könne die Bedenken des **Vorsitzenden Ratsherr Wettingfeld** nachvollziehen. Er erinnert an die Maßnahme auf der Düsseldorfer Straße und erkundigt sich, aus welchem Grund eine einseitige Sperrung in Oppum nicht möglich sei. Er bittet die Verwaltung den Sachverhalt nochmal zu überprüfen.

Man sollte es vermeiden, dass der Verkehr über ein Wohngebiet umgeleitet werde. Er schlage vor, dass die Verwaltung nochmal mit den Fraktionen, auch über das Thema Sperrungen und Umleitungen generell, spreche.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erklärt, dass man nochmal über Details reden müsse. In diesem Zusammenhang könne man auch diskutieren, wie beim Ausbau der A57 verfahren werde.

Ratsherr Hoffmann nimmt Bezug auf die anhängende Liste der Vorlage und weist darauf hin, dass bisher keine 10 % des voraussichtlichen Investitionsvolumens umgesetzt wurden.

Beigeordneter Linne habe keinen Zweifel an der Richtigkeit der Zahlen und dass das Fördervolumen im zur Verfügung stehenden Zeitraum umgesetzt werde.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Rathaus Fischeln.

Beigeordneter Linne antwortet, dass zurzeit die Planungen final erarbeitet werden. Ziel sei es, Ende März den Bauantrag einzureichen.

Beschluss:

Der Sachstand zum Stichtag 30.09.2017 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7:

Vorlage Nr. 4413 /17/1

Schrott- / Problemimmobilien - Definitionserklärung

Anträge der SPD vom 05.09.17 und Fraktion Die Linke vom 19.09.2017

Herr Göbel weist darauf hin, dass eine Übersicht der Leerstände fehle. Mit dem Leerstand beginne die Problematik. Er erkundigt sich, was mit den Menschen passiert sei, die in den evakuierten Gebäuden gewohnt haben.

Beigeordneter Linne erinnert an die Diskussion vor zwei Jahren zum Thema Leerstand. Dort wurde über Möglichkeiten für Eigentümer gesprochen, was sie unternehmen können, um Wohnraum wieder bewohnbar zu machen. Eigentümer können ihre Wohnungen aber auch leer stehen lassen, hiergegen habe die Verwaltung keine Handhabe. Die Verwaltung werde das Thema Schrottimobilien weiterverfolgen, hierzu habe es bereits eine Vorlage aus November 2017 gegeben.

Hinsichtlich der Unterbringung der betroffenen Menschen berichtet er von seinem Wissensstand vor Weihnachten. Danach habe der Fachbereich Soziales, Senioren und Wohnen für alle Betroffenen

Wohnungen bereitgestellt. Die Eigentümer seien nach wie vor verpflichtet Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen, dies sei aber noch nicht erfolgt.

Ratsherr Hengst erklärt, dass er das Vorgehen der Verwaltung - punktuell auf einzelne Immobilien zuzugehen - hier für vollkommen richtig halte, insbesondere im Hinblick auf die begrenzten personellen Kapazitäten der Verwaltung. Seine Fraktion sehe die Vorlage als eine Art Weckruf auch für andere Ausschüsse an, um zu überlegen, was man alles unternehmen könne. Wenn man schlechte Bedingungen feststelle, müsse man sicherlich auch eingreifen. Wichtig dabei sei, eine entsprechende Unterbringung der Betroffenen. Er sehe hier die Stadt Krefeld auf einem vernünftigen Weg.

Herr Göbel erkundigt sich, welche Möglichkeiten **Beigeordneter Linne** im Zusammenhang mit einer Zweckentfremdungsverordnung sehe.

Beigeordneter Linne erwidert, dass Leerstand keine Zweckentfremdung im klassischen Sinne darstelle. Krefeld sei zudem kein „Wohnungsnotstandsgebiet“.

Ratsherr Hoffmann weist auf den Punkt 4 auf Seite 5 der Vorlage hin, einen Leitfaden der Bundesbauministerin mit Handlungsanweisungen, wie man rechtlich vorgehen könne.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** fasst zusammen, dass die Vorlage kritische Schwerpunkte lokalisiert habe. Es wurden darüber hinaus bereits Förderanträge gestellt. Nach einer Genehmigung stehen der Stadt Krefeld Fördermittel zur Verfügung, die eingesetzt werden können. Da der Verwaltung kein eigenes Personal für die Umsetzung zur Verfügung stehe, müsse nun ein Sanierungsträger gesucht werden. Dann müssen Gespräche mit der Wohnstätte geführt werden, wie diese in den weiteren Prozess mit einbezogen werden könne. Darüber hinaus sollen „Mitnahmeeffekte“ von Eigentümern verhindert werden. Des Weiteren müssen Ziel und Qualität der Maßnahmen sowie entsprechender Ersatzwohnraum diskutiert werden. Er schlage daher vor, diese Detailfragen strategischer Art, in einer der nächsten Sitzungen der baupolitischen Sprecher zu diskutieren.

Der Ausschuss ist mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8:

Vorlage Nr. 4778 /17

Mobilitätskonzept Krefeld

Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erläutert den Hintergrund der Vorlage und erklärt, dass diese bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Stadtsanierung diskutiert wurde.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9:

Vorlage Nr. 4663 /17

Rheinuferstraße, Sanierung der Rad-und Gehwegauskragung, Rhein-km 765,400 bis 766,350

Frau Sanz Sanz weist auf die engen Verhältnisse vor Ort und Spaziergänger an Wochenenden hin. Sie erkundigt sich, ob die Fahrradspur nicht auf die Straße verlegt werden könne.

Beigeordneter Linne sagt eine Prüfung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität setzt die Baukosten für die Sanierung der Rad- und Gehwegauskragung im Zuge der Rheinuferstraße von Rhein- km 765,400 bis 766,350 entsprechend der Kostenberechnung auf 1.556.000,00 EUR fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 10:

Vorlage Nr. 4545 /17

Installation einer Signalanlage am Knoten Dießemer Bruch/ Zufahrt Krankenhausparkplatz

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität beschließt den Bau der Signalanlage am Knoten Dießemer Bruch/ Zufahrt Krankenhausparkplatz. Die Kosten werden auf 160.000,00 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 11:

Vorlage Nr. 4325 /17 BV

De-Greiff-Säule

Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 07.09.2017

Beigeordneter Linne verteilt ein Foto mit den Überresten der de-Greiff-Säule, um deutlich zu machen, über was genau diskutiert werde.

Ratsherr Hengst weist auf eine Information aus dem Denkmal- und Kulturausschuss hin, dass es sich aus Sicht der Unteren Denkmalbehörde bei den Überresten nicht um ein Denkmal handle. Die Denkmalstiftung von Herrn Reymann sei bereit die entsprechenden Kosten zu übernehmen, wenn es ein Denkmal sei, ansonsten könne seine Stiftung die Kosten nicht übernehmen. Die SPD-Fraktion schlage deshalb vor, keine weiteren Aktivitäten zu unternehmen, so lange nicht bestritten werde, dass es sich nicht um ein Denkmal handle. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2019 sollten sich die Fraktionen überlegen, ob sie hierfür Gelder ausgeben wollen.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** weist auf Unstimmigkeiten verschiedener Bürgervereine hinsichtlich eines möglichen Standortes hin. Er mache den Vorschlag, dass der Ausschuss den AKB (Arbeitsgemeinschaft Krefelder Bürgervereine) bitten werde, zwischen den Bezirksvertretungen zu vermitteln, denn zunächst müsse die Frage des Standortes geklärt werden.

Ratsherr Hengst erklärt, dass seine Fraktion kein großes Interesse an einem Standort auf dem Ostwall habe.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** stellt den Vorschlag des **Ratsherrn Hengst** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität beschließt zunächst keine weiteren Aktivitäten zu unternehmen. Bis zu den Haushaltsberatungen 2019 werden sich die Fraktionen überlegen, ob sie Haushaltsmittel für eine Säule zur Verfügung stellen wollen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 12:

Vorlage Nr. 4771 /17 E

Zustand Krefelder Hauptbahnhof

- Einbringung eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erinnert an seinen Vorschlag zu Beginn der Sitzung. Die Ausschussmitglieder werden sich in Ruhe die Stellungnahme der Deutschen Bahn durchlesen und Nachfragen gegebenenfalls in der nächsten Sitzung stellen.

Punkt 13:

Vorlage Nr. 4811 /18 E

Einführung von Stausensoren

- Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion -

Ratsherr Läckes erkundigt sich, was die Verwaltung von Stausensoren halte.

Beigeordneter Linne erwidert, dass die Verwaltung an den ersten Ergebnisse und Eindrücken von Mönchengladbach interessiert sei. Er gibt darüber hinaus zu bedenken, dass hierfür ein modernes und konsequentes Verkehrsleitsystem erforderlich sei, welches so in der Stadt Krefeld noch nicht vorhanden sei.

Punkt 14:

Vorstellung des Projektes Park & Joy

Vortrag von Herrn Mario Riedel und Herrn Michael Jansen von der Telekom-Sparte T-SYSTEMS INTERNATIONAL GMBH

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** begrüßt die Gäste von T-SYSTEMS.

Herr Riedel stellt zunächst sich und dann das Projekt anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Beigeordneter Linne erläutert das Interesse einer Kommune an so einem Projekt. Man erhalte ein sehr genaues Bild über die tatsächliche Auslastung der Stellplätze im öffentlichen Raum. Der Kunde bekomme zeitaktuell für seinen persönlichen Bedarf die Information, ob ein Stellplatz im gewünschten Bereich vorhanden sei oder ob er besser direkt ein Parkhaus anfahren sollte. Dies habe den Effekt, dass Park-Such-Verkehre reduziert werden.

Ein weiterer Vorteil sei, dass der Kunde heutzutage bei der Nutzung von kostenpflichtigen Parkflächen im öffentlichen Raum vorab wissen müsse, wie lange sein Termin dauere. Das vorgestellte System ermögliche eine flexible Bezahlung wie im Parkhaus.

Er weist darauf hin, dass man sich im öffentlichen Raum befinde und daher keine Monopolstellung der Telekom bestehe. Man habe weiterhin die Möglichkeit die Technik anderer Anbieter, gegebenenfalls ergänzend, in Anspruch zu nehmen. T-SYSTEMS möchte sicherlich auch profitieren - durch einen Anteil an den Parkeinnahmen. Aufwendungen bestehen für die Verwaltung bereits heute, beispielsweise durch das Vorhalten sowie die Leerung der Parkscheinautomaten. Eine Kontrolle würde auch weiterhin durch die Stadt Krefeld erfolgen.

Es stelle sich nun die Frage, ob dieses Projekt grundsätzlich für die Politik interessant sei und die Verwaltung hier weiter tätig werden solle. Falls ja, würde zunächst ein Letter of Intent abgeschlossen

werden, damit sich T-SYSTEMS näher mit den Krefelder Rahmenbedingungen und den Modalitäten auseinandersetzen könne.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** erklärt, dass es sich bei der heutigen Präsentation nur um eine Einführung in das Thema handeln könne. Der Ausschuss müsse sich in Ruhe Gedanken über diese Thematik machen. Es seien mehrere Aspekte zu beachten, beispielsweise der Datenschutz.

Herr Engelke fragt nach, ob jeder einzelne Sensor eine IP-Adresse habe. Er sehe das Problem, dass irgendwann das Datenfeld der IP-Adresse nicht mehr ausreiche.

Herr Riedel bestätigt, dass jeder Sensor eine IP-Adresse erhalte. Es werde ein Sensor pro Parkplatz geplant. Es sei vorgesehen, dass diese Technik eine sogenannte „Brückentechnologie“ für die nächsten 10 – 15 Jahre sei. Danach werde es andere Sensor-Technologien geben. Man rechne damit, dass die Lebensdauer eines Sensors mit den eigenen Batterien ca. 6 – 10 Jahren entspreche. Er weist darauf hin, dass es hierzu noch keine Erfahrungswerte gebe, da die Technologie neu sei.

Herr Daniels bemerkt, dass beim Verbau der Sensoren ein Eingriff in die Schwarzdecke erfolge und erkundigt sich, wie T-SYSTEMS verhindern möchte, dass die Straße beschädigt werde, bspw. durch einlaufendes Wasser. Darüber hinaus fragt er nach dem Zeitrahmen, der für die Installation des Systems vorgesehen sei.

Herr Riedel antwortet, dass die Sensoren mittels Kernbohrung verbohrt werden. Er stellt gerne einen Kontakt aus Hamburg zur Verfügung, damit die Politik sich nach den dortigen Erfahrungen erkundigen könne. Die Haftung für Instandsetzung sowie der Rückbau werden von T-SYSTEMS übernommen. Er berichtet wie die Umsetzung in Hamburg erfolgen werde.

Herr Göbel gibt die unterschiedlichen Größen der Autos zu bedenken. Er gehe davon aus, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, alle Parkplätze entsprechend zu kennzeichnen. Es komme immer wieder vor, dass Autofahrer zwei Parkplätze in Anspruch nehmen.

Herr Riedel erwidert, dass Größen noch nicht festgestellt werden können. Es bestehe eine Wahrscheinlichkeit von 96 %, dass ein Stellplatz tatsächlich zur Verfügung stehe.

Ratsherr Lohmar stellt fest, dass die Voraussetzung zur Nutzung der Besitz eines internetfähigen Handys sei. Er erkundigt sich, wie mit vorhandenen Parkbeschränkungen umgegangen werde.

Herr Riedel bestätigt die Aussage von **Ratsherrn Lohmar**. Parkbeschränkungen bleiben weiterhin so bestehen. Die Politessen fragen über die jeweiligen Kennzeichen ab, ob ein gültiger Bezahlvorgang vorliege.

Ratsherr Läckes findet das Thema sehr interessant, insbesondere im Hinblick auf die Auslastung von Stellplätzen. Man müsse die Menschen allerdings umerziehen in Sachen Gewohnheiten. Es handle sich sicherlich um ein Modell der Zukunft.

Ratsherr Hengst teilt mit, dass seine Fraktion den Vorschlag von **Beigeordneten Linne**, hier weiter tätig zu werden, befürworte.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** fasst die Diskussion zusammen, formuliert einen Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität beauftragt die Verwaltung das Thema weiterzuverfolgen und die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Parallel dazu soll der Ausschuss detailliertere Informationen erhalten, bevor hierzu eine Abstimmung erfolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokollnotiz:

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Punkt 15:

Vorlage Nr. 4734 /17

Anfragen

- Digitale Werbetafeln - Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.11.2017, Vorlagen-Nr. 4768/17
 - Sechsspüriger Ausbau der BAB 57 - Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.01.2018, Vorlagen-Nr. 4856/18
 - Alte Feuerwache - Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.01.2018, Vorlagen-Nr. 4855/18
 - Sachstand Rennbahn - Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2018
 - Parken von Lkw-Fahrern im Hafengebiet zu Abend- und Nachtstunden, Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2018, Vorlagen-Nr. 4914/18
-

Digitale Werbetafeln – Anfrage der FDP-Fraktion

Ratsherr Hoffmann erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Beigeordneter Linne berichtet von Erfahrungen anderer Kommunen. Die Polizei Krefeld habe die Installation zunächst kritisch gesehen. Sie werde eine vergleichende Unfallanalyse vornehmen, um festzustellen, ob ein bzw. welcher Einfluss auf den Verkehr durch die Werbetafeln bestehe. Die Verwaltung habe zunächst eine Genehmigung für zwei Jahre erteilt.

Sechsspuriger Ausbau der BAB 57 – Anfrage der FDP-Fraktion

Ratsherr Hoffmann erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Beigeordneter Linne erklärt, dass die Verwaltung derzeit dabei sei eine Arbeitsgruppe zu bilden. Für weitere Planungen und Abstimmungen seien allerdings konkrete Ablaufpläne von Straßen.NRW notwendig. Die Verwaltung habe das Thema im Blick.

Alte Feuerwache – Anfrage der FDP-Fraktion

Ratsherr Hoffmann erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Beigeordneter Linne teilt mit, dass die Verwaltung regelmäßig die leerstehenden Gebäude kontrolliere. Die Schäden an den Scheiben der Turnhalle wurden bei einer Kontrolle festgestellt und unverzüglich beseitigt. Ein Fenster wurde von innen mit einer schwarzen Platte verschlossen. Hier werde wohl von der Florastraße aus der Eindruck erweckt, dass ein nicht reparierter Glasschaden vorliege, dies sei jedoch nicht der Fall. Termine mit interessierten Investoren finden weiterhin statt.

Sachstand Rennbahn - Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion

Ratsherr Läckes erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Beigeordneter Linne erklärt, dass eine Umsetzung durch die BauGmbH erfolgen werde. Aufgrund der Personalsituation im Zentralen Gebäudemanagement wurde das Thema nicht innerhalb der gewünschten Zeit mit der BauGmbH final abgestimmt. Der Bewilligungszeitraum konnte aber um ein Jahr, bis Ende 2019, verlängert werden. Die Gespräche mit der BauGmbH wurden inzwischen wieder aufgenommen.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** bemerkt, dass es keinen guten Eindruck mache, wenn Zuschüsse nicht zeitnah in Anspruch genommen werden. Wenn man weiterhin auf die Unterstützung der Krefelder Abgeordneten hoffe, sollte so eine Situation künftig vermieden werden.

Parken von Lkw-Fahrern im Hafengebiet zu Abend- und Nachtstunden – Anfrage der CDU-Fraktion

Ratsherr Lohmar erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Beigeordneter Linne erklärt die rechtlichen Rahmenbedingungen. Gemäß Straßenverkehrsordnung dürfen Lkw in reinen und allgemeinen Wohngebieten nachts und am Wochenende nicht parken. Im Umkehrschluss dürfen diese Fahrzeuge in den anderen Bereichen zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeit abgestellt werden. Der Krefelder Hafen sei ausgewiesen als Gewerbe- und Industriegebiet. Zum Schutz der vorgenannten reinen und allgemeinen Wohngebiete sollen die Lkw sogar im Hafengebiet abgestellt werden. Um eine Ausweitung dieser Parkvorgänge in die angrenzende Wohnbebauung zu unterbinden, seien an allen Zufahrten Lkw-Verbote ausgeschildert. Damit solle erreicht werden, dass sich die Lkw nur im Hafengebiet bewegen und auch nur dort abgestellt werden. Die neu angesiedelte Firma Goodmills werde sich seinem Wissen nach um Ihren Transportverkehr kümmern. Dies wünsche er sich auch von den anderen Firmen. Sicherlich wäre ein Parkplatz an zentraler Stelle mit einer Mindestausstattung für Lkw-Fahrer eine gute Lösung.

Ratsherr Lohmar teilt mit, dass auch Sanitäranlagen unbedingt notwendig seien.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** berichtet von einer Informationsveranstaltung der Firma Goodmills. Dort wurde auf die Betriebszeiten (6:00 Uhr bis 22:00 Uhr) hingewiesen und dass die Firmen dazu verpflichtet seien bestimmte Lärmwerte einzuhalten. Dies sei wohl ein Grund, warum die Lkw-Fahrer außerhalb der Betriebszeiten nicht auf das Gelände fahren dürfen.

Ratsherr Hengst ergänzt, dass Goodmills einen 24-Stunden Wachdienst habe, der die Fahrer außerhalb der Betriebszeiten wohl nicht mit ihren Lkw auf das Gelände lasse, den Fahrern allerdings Zugang zu den Sanitäranlagen auf dem Gelände gewähre. Wenn dies andere ansässige Firmen auch so handhaben würden, sei das Problem schnell eingrenzbar.

Amazon und Bauhaus würden ihrerseits die anfahrenen Fahrer zu bestimmten Plätzen innerhalb des Geländes anweisen, sodass von deren Seite ebenfalls versucht werde das Problem in den Griff zu bekommen.

Er berichtet, dass das Thema auch im Aufsichtsrat Hafen diskutiert werde. Eine zentrale Anlaufstelle mit Sanitärbereich nehme aufgrund von Abstimmungsprozessen einige Zeit in Anspruch. Bis dahin sollte man allerdings versuchen das Problem zu minimieren.

Der **Vorsitzende Ratsherr Wettingfeld** formuliert einen Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Mobilität beauftragt die Verwaltung, Kontakt zu den ansässigen Firmen aufzunehmen und Gespräche zu führen, dass der Zugang zu Sanitäranlagen gewährleistet sowie die Einrichtung offizieller Lkw-Parkplätze geprüft wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez. Wettingfeld

Vorsitzender

gez. Hoffmann

Schriftführerin